

Presseinformation

München, 5. Dezember 2018

Koalitionsvertrag schwarz-orange

Unter dem Titel „Für ein bürgernahes Bayern – menschlich, nachhaltig und modern“ heißt es in der Koalitionsvereinbarung 2018 bis 2023 zwischen CSU und FREIE WÄHLER: „4. Für eine menschliche Gesundheits- und Pflegepolitik“, was Dr. Gerald Quitterer, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), im Leitartikel der Dezemberausgabe des *Bayerischen Ärzteblattes* folgendermaßen bewertet: „Der Abschnitt Gesundheitspolitik des Koalitionsvertrages ist grundsätzlich positiv; ich sehe aber auch Anlass für Kritik“.

Erfreulich sei das Bekenntnis zu einer flächendeckenden und wohnortnahen ärztlichen Versorgung. Auch die Ankündigung: „Wir werden die Medizinerbildung durch die Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020 an die aktuellen Erfordernisse anpassen. Wir erhöhen die Zahl der Studienplätze um über 2.000 Plätze. Für den Zugang zum Studium wollen wir eine Flexibilisierung und zusätzliche eignungsbezogene Zulassungskriterien, zum Beispiel eine Vorausbildung, baldmöglichst umsetzen“ lasse in dem Koalitionspapier aufhorchen. Mit Skepsis liest Quitterer hingegen: „Wir werden die Kommunen noch stärker in die Gesundheitsversorgung vor Ort einbeziehen. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, einen Beitrag für die medizinische Versorgung in ihrer jeweiligen Gemeinde zu leisten“. Quitterer: „Wir kennen doch bereits heute die Problematik, dass Kommunen eine Menge Geld in die Hand nehmen, um Vertragsarztsitze aufzukaufen. So konterkariert eine eigentlich gut gemeinte Idee die Versorgungsrealität und junge, niederlassungswillige Ärztinnen und Ärzte bleiben außen vor“. Weniger konkret werde das Ganze dann beim Thema Krankenhäuser. Die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags müssten hier in den kommenden Monaten noch mit Leben gefüllt werden, biete der Text doch viel Raum für Interpretationen, gerade bei der Investitionsförderung.

„Das, was wir vor allem brauchen sind junge Leute, die in die Medizin und in die Pflege gehen. Sie benötigen Wertschätzung und die Anerkennung, dass sie ihre Aufgabe gut machen. Nicht aber kann die zukünftige Lösung sein, dass ärztliche Leistungen an die Pflege delegiert werden, da Pflege kein nichtärztlicher Assistenzberuf ist“, so der Präsident und reklamiert für die ärztliche Ausbildung weiterhin eine universitäre Ausbildung.

Mehr zu „Koalitionsvertrag schwarz-orange“ lesen Sie in der Dezemberausgabe 2018 des *Bayerischen Ärzteblattes* unter www.bayerisches-ärzteblatt.de.

Pressestelle

Bayerische Landesärztekammer
Pressestelle
Dagmar Nedbal
Mühlbauerstraße 16
81677 München
Telefon: 089 4147-268
Fax: 089 4147-202
E-Mail: presse@blaek.de
www.blaek.de